

Landtagswahlen '18

Analyse des Wahlprogramms der SPÖ

Kärnten gewinnt.

Waren bei der letzten Landtagswahl die Schwerpunkte im sozialdemokratischen Regierungsprogramm noch die Bekämpfung des Triple-A (Armut, Arbeitslosigkeit und Abwanderung), so setzt die SPÖ diesmal auf Kinderfreundlichkeit, Bildung, Lebensqualität und Gesundheitsversorgung.

Unter dem Titel „Kärntens Wirtschaft gewinnt die nächsten 5 Jahre“ gibt es auch einige Vorschläge zur Kärntner Wirtschaftspolitik. Wie der Kärntner Landeshauptmann eine Lehrlingsentschädigung von mindestens 700 Euro und einen Mindestlohn von 1.700 Euro landesgesetzlich regeln will, ist uns ein Rätsel. Und passt auch nicht zum klaren Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft, denn Kollektivvertragsverhandlungen sind immer noch Aufgabe der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.

Erfreulich ist die versprochene Unterstützung der dualen Ausbildung, sowohl die Lehre mit Matura als auch die Lehre nach der Matura soll forciert werden. Dazu passt auch das Versprechen, dass kein Jugendlicher ohne Lehr- oder Ausbildungsplatz bleiben soll, und die geplante Rückholung von Fachkräften.

Wenig zu lesen ist im Programm über geplante Infrastrukturinvestitionen. Zwar will man die Trinkwasserversorgung sichern und den Straßenbau forcieren, doch findet sich kein Hinweis auf mehr Mittel für den Glasfaserausbau oder die Sicherung der Energieversorgung. Im tertiären Bildungsbereich verspricht man zwar den Ausbau von Studienangeboten, doch findet sich kein Wort über die örtliche Zentralisierung des Hochschulangebotes, über berufsbegleitende Studienprogramme, englischsprachige Ausbildungsprogramme und die Anpassung des Studienangebotes an den Bedarf der Wirtschaft.

Positiv zu sehen ist das Versprechen, Betriebsansiedlungen weiter zu forcieren. Leider fehlt hier der Hinweis, wie dies geschehen soll - und die bisherigen Erfahrungen mit der BABEG zeigen, dass es hier einen großen Nachholbedarf gäbe.

Weiters fällt auf, dass es im gesamten Programm keinen einzigen Hinweis auf Einsparungs- und Optimierungspotentiale in der Landesverwaltung gibt. Weder will man die Landesverwaltung zu einer modernen Dienstleistungseinrichtung entwickeln noch sich in der Landesgesetzgebung für einfachere unbürokratischere Regelungen einsetzen.

FAZIT: Gesundheit und Soziales vor Wirtschaft, „Business as usual“ vor Reformen, Lebensqualität vor Standortqualität